



wohnbaugenossenschaften schweiz
verband der gemeinnützigen wohnbauträger

coopératives d'habitation Suisse
fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera
federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

MEDIENMITTEILUNG

Zürich, 10. Februar 2026

Neue Mittel für Fonds de Roulement und Bürgschaften in der Wohnraumförderung

Nationalratskommission geht zu wenig weit: Die Wohnraumförderung muss gestärkt werden

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates hat sich heute deutlich dafür ausgesprochen, die bestehenden Förderinstrumente des Bundes für den gemeinnützigen Wohnungsbau bis in die Jahre 2033/2034 zu sichern. Wohnbaugenossenschaften Schweiz begrüßt diesen Entscheid, warnt aber vor einer unzureichenden Ausstattung der Instrumente. Mit den angedachten Mitteln wird es nicht möglich sein, die gestiegene Nachfrage zu decken und dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum gezielt entgegenzuwirken.

An ihrer heutigen Sitzung stimmte die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates mit je 17 zu 8 Stimmen dafür, die Instrumente der Wohnraumförderung des Bundes mit neuen Krediten auszustatten. Die vorgesehenen 150 Millionen Franken für den Fonds de Roulement in den Jahren 2030–2034 sowie die 1,92 Milliarden Franken für Bürgschaften zugunsten der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger (EGW) in der Periode 2027–2033 reichen jedoch nicht aus. Gemäss Bundesrat erlaubt dieser finanzielle Rahmen nur eine Förderung auf dem bisherigen Niveau. In Anbetracht der Wohnungsknappheit und der deutlich gestiegenen Nachfrage ist aber ein Ausbau der Förderinstrumente nötig. Wohnbaugenossenschaften Schweiz ruft das Parlament dazu auf, für die Bürgschaften einen Verpflichtungskredit von mindestens 2,3 Milliarden Franken sowie Mittel von mindestens 300 Millionen Franken für den Fonds de Roulement bereitzustellen. «Der fortschreitende Mangel an bezahlbarem Wohnraum verlangt ein entschlossenes politisches Handeln. Ein ‹Weiter wie bisher› ist zu wenig», sagt Eva Herzog, Ständerätin BS und Präsidentin von Wohnbaugenossenschaften Schweiz. «Der Aktionsplan Wohnungsknappheit sieht als zentrale Massnahme vor, die bestehende Wohnraumförderung zu stärken. Jetzt ist der richtige Moment, dies auch konsequent umzusetzen». Die Nachfrage nach den Förderinstrumenten hat in jüngster Zeit Höchststände erreicht. Es braucht eine Ausweitung der Fördertätigkeit, damit gemeinnützige Wohnbauträger weiterhin ihren Beitrag zur Schaffung von mehr bezahlbaren Wohnraum leisten können.

Über den Fonds de Roulement werden gemeinnützigen Wohnbauträgern zinsgünstige Darlehen für den Bau, die Erneuerung und den Erwerb preisgünstiger Wohnungen gewährt. Die Bundesbürgschaft ermöglicht der EGW eine günstige Mittelaufnahme am Kapitalmarkt, wodurch gemeinnützige Wohnbauträger Zugang zu attraktiven Finanzierungen erhalten, die sich dank der Kostenmiete direkt mietpreisdämpfend auswirken. Beide Instrumente bilden seit der Sistierung der direkten Bundesdarlehen im Jahr 2003 die zentralen Pfeiler der Wohnraumförderung des Bundes. Mit ihnen ermöglicht der Bund langfristig preisgünstigen Wohnraum, ohne dass ihm dadurch Kosten entstehen.

Wohnbaugenossenschaften Schweiz ist die Dachorganisation von gegen 1'300 Wohnbaugenossenschaften und weiteren gemeinnützigen Wohnbauträgern mit insgesamt über 175'000 Wohnungen. Der 1919 gegründete Verband steht im Dienste seiner Mitglieder, die auf gemeinnütziger Grundlage preisgünstigen Wohnraum erstellen und bewirtschaften. Zusammen mit ihnen strebt er im ganzen Land eine ausreichende Versorgung mit preisgünstigem, vorzugsweise genossenschaftlichem Wohnraum an. www.wbg-schweiz.ch

Pressekontakte

Eva Herzog, Präsidentin Wohnbaugenossenschaften Schweiz: 079 790 34 79, eva.herzog@parl.ch

Urs Hauser, Direktor Wohnbaugenossenschaften Schweiz: 044 360 26 64, urs.hauser@wbg-schweiz.ch

Medienstelle Wohnbaugenossenschaften Schweiz: 044 360 26 66, rebecca.omoregie@wbg-schweiz.ch